

Die Behebung der Geldentwertung.

Doppelter Art ist die Geldentwertung, eine unmeßbare im Inland und eine ganz bestimmte, in Zahlen sich ausdrückende gegenüber dem Auslande. Da aber ein, wenn auch durch die Kriegsverhältnisse eingeschränkter ständiger Verkehr zwischen dem Inland und dem verbündeten und dem neutralen Ausland, soweit es uns erreichbar ist, stattfindet, so haben wir wenigstens hier einen allgemeinen Maßstab der Geldentwertung. Nun ist zwar auch dieser Maßstab schwankend, weil er vom größeren oder geringeren Bedarfe, vom Vertrauen auf unsere wirtschaftlichen Zustände, von willkürlichen Spekulationen und selbst von böswilligen Beeinflussungen abhängt und daher gegenüber dem Gelde verschiedener Länder große Abweichungen zeigt. Auch werden nach einem unerforschten Ratsschlusse unserer Regierung die Kurse des Auslandsgeldes gegenwärtig nicht veröffentlicht und erscheinen daher dem Ungewöhnlichen höher, als sie wirklich sind. Wir können als Durchschnitt annehmen, daß wir beim Erwerb von Auslandsgeld das Anderthalbfache des Friedenswertes unseres Geldes zahlen müssen. Das ist ja eigentlich nicht viel, wenn wir die inländischen Preissteigerungen unserer gewöhnlichen Bedarfsmittel auf das Fünf- und Zehnfache damit vergleichen. Aber wir dürfen zweierlei nicht übersehen. Erstens hängt die Teuerung im Inlande nicht ausschließlich mit der Geldentwertung zusammen, sondern ist ursprünglich selbständig aus der im Absperriegesfrierte natürlichen und durch allerlei Schliche und Kniffe des jüdischen Zwischenhandels künstlich gesteigerten Not an wichtigen Bedarfsmitteln entstanden. Man erhielt daher von bestimmten Waren weniger als früher für denselben Geldbetrag, das Geld war also weniger wert und diese Geldentwertung wirkte auch auf andere Waren preissteigernd zurück. So ist die inländische Geldentwertung Wirkung der Teuerung und zugleich Ursache neuer Teuerung. Sehr gesteigert wurde diese Bewegung durch die reichen Kriegsgewinne. Es gab keinen Mangel an Geld. Die Banken borgten dem Staate, die Kriegsanleihen brach-

ten Geld, die Banknotenpresse konnte kaum dem steigenden Bedarf an Barmitteln, die ausschließlich in Papiergeld bestanden, nachkommen, und mächtig ergoß sich der Banknotenstrom auf die Märkte und in die Schleichhandelskanäle: jeder Preis wurde bezahlt, das Geld hatte sozusagen keinen Wert mehr, nur der Warenbesitz wurde geschätzt, im Tauschhandel galten die höchsten Preise als selbstverständlich. Zweitens aber waren auch im Auslande die Preise inzwischen gestiegen, und wenn sie auch nicht so hoch waren wie bei uns, so verdoppelten und vervielfachten sie sich auf dem Wege zu uns durch den höheren Wert des Auslandsgeldes, die Fracht und andere Zuschläge, teils berechnigte, teils willkürliche. Diese hohen Preise

wirkten auf die Preise der entsprechenden heimischen Waren zurück und so gestaltete sich die Geldentwertung im Inlande allmählich zu einer Teuerungsschraube ohne Ende. Jeder Maßstab war verloren gegangen, und da wir einen solchen nur mehr an den Auslandspreisen haben, so müssen wir ernstlich trachten, den Wert unseres Geldes im Auslande wieder herzustellen.

Nun ist nach der übereinstimmenden Ansicht aller Volkswirtschaftler das beste Mittel hierzu die gesteigerte Ausfuhr von Waren, wodurch wir Auslandsgeld in reicher Fülle erhalten; selbstverständlich kann hiervon erst nach dem Kriege, wenn die Grenzen und Häfen wieder geöffnet sind, die Rede sein. Die Ansichten gehen aber über die Möglichkeit dieser gesteigerten Ausfuhr auseinander. Manche — und ihre Zahl ist nicht gering — glauben, gerade unsere Geldentwertung sei für uns günstig; sie erschwere die Einfuhr und erleichtere die Ausfuhr, da durch sie die Auslandswaren beim Einkauf verteuert würden und unsere Inlandswaren sich für den mit dem höherwertigen Auslandsgelde Zahlenden verbilligten. Man übersieht aber dabei die Wirkung der Geldentwertung oder, was dasselbe ist der hohen Preise aller Lebensmittel, Rohstoffe, Werkzeuge usw. auf die Warenerzeugung. Unsere Inlandswaren stellen sich durch diese hohen Erzeugungskosten in der Regel gegenüber ausländischen so teuer, daß der Unterschied durch den höheren Wert des Auslandsgeldes bei weitem nicht ausgeglichen wird. Die Geldentwertung fördert in ihrer Endwirkung also nicht die Ausfuhr, sondern behindert sie geradezu. Der Ausfuhr steht die Einfuhr gegenüber, für welche wir Auslandsgeld nötig haben. Ist die Einfuhr größer als die Ausfuhr, so brauchen wir mehr Auslandsgeld, als wir einnehmen, und dann ist es ausgeschlossen, den Geldpreis zu regeln. Nun war bis zum Jahre 1907 unser Außenhandel günstig, da die Ausfuhr die Einfuhr überwog, und zwar zuletzt noch um 71 Mill. K. oder um 2,7 v. H. der Ausfuhr. Aber seit 1908 hat sich das Verhältnis zu unseren Ungunsten umgekehrt und die Mehreinfuhr ist allmählich auf 748 Mill. Kronen oder 25,4 v. H. der Ausfuhr im Jahre 1912 gestiegen (die Ausfuhr hatte seit 1907 um 260, die Einfuhr aber um 1083 Mill. K. zugenommen). Im Jahre 1913 ging zwar die Mehreinfuhr wieder auf 621 Mill. K. oder 17,4 v. H. zurück, stieg aber im ersten Kriegsjahre 1914 wieder auf 786 Mill. K. oder 32,8 v. H., denn die Ausfuhr war um 742 Mill. K., die Einfuhr aber nur um 528 Mill. K. zurückgegangen. Es betrifft dies den österreichisch-ungarischen Außenhandel, denn die Geldentwertung ist eine gemeinsame Angelegenheit. Die österreichische Handelsbilanz gegen das Hollandland stellt sich aber ähnlich; sie ist 1907 günstig mit 22 v. H., 1912 ungünstig mit 25,9, 1913 mit 16,6 v. H.; von 1914 ist sie noch nicht bekannt.

Da es sehr wahrscheinlich ist, daß während der letzten Kriegsjahre unsere Handelsbilanz sich noch verschlechtert hat, und da alle unsere Lager von ausländischen Rohstoffen geleert sind, wir also zunächst bedeutender Einfuhren bedürftig, so ist die Hoffnung, auf dem Wege günstiger Handelsbilanzen der Geldentwertung abzuhelfen, sehr gering, ja, sagen wir es offen, aussichtslos; selbst die Ersparnisse und die angestrebte Einschränkung der Luxusbezüge aus dem Auslande werden nicht wesentlich unsere Einfuhr herabmindern. Und unsere Ausfuhr zu steigern, wird unter den geschilderten Teuerungsverhältnissen ganz unmöglich sein. Wir müssen daher trachten, zunächst der Geldentwertung zu steuern, und im Anschluß daran der Teuerung zu begegnen.

Sehen wir uns daher nach einem anderen Mittel der Behebung der Geldentwertung um. Es bietet sich in der Zahlung der schwebenden Schulden, weil dadurch unsere Zahlungsfähigkeit bewiesen und damit wenigstens jeder Grund zum Mißtrauen in unser Geld beseitigt wird. Ich habe in Nr. 263 der „Ostdeutschen Rundschau“ das Mittel angegeben, wie der Staat sich billigen Kredit verschaffen kann, um die schwebenden Schulden abtragen zu können, und will es hier in etwas geänderter Form wiederholen, indem ich dabei auf die jedenfalls kommende Vermögenssteuer Rücksicht nehme. Unsere gesamten Kriegsschulden betragen bis Ende Juni 1917 41.256,8 Mill. K. Davon waren 18.028,1 Mill. K. schwebende Schulden (8679,8 Darlehen der Oesterr.-ungarischen Bank, 6851,7 Mill. K. Darlehen einer Bankenvereinigung, 2405 Mill. K. Darlehen in ausländischer Währung und 91,6 Mill. K. Darlehen von Sparcassen) und 23.228,7 Mill. K. Kriegsanleihen.

Ich habe in Nr. 263 angegeben, daß wir in Oesterr.-

reich ungefähr um 40 Milliarden versicherte Gebäude haben dürften; den Wert des Grundes, auf dem sie stehen, können wir auf 10 Milliarden schätzen; der landwirtschaftlich benützte Boden beträgt nach dem Statistiker Pribram 19 Milliarden. Das macht zusammen 69 Milliarden aus. Rechnen wir dazu 6 Milliarden im österreichischen Besitz befindlicher österreichischer und gemeinamer Renten, so erhalten wir 75 Milliarden ganz sicherer Werte. Wo auf den Häusern und Grundstücken Hypotheken ruhen, treten diese verhältnismäßig an ihre Stelle. Wenn wir nun annehmen, daß nur zwei Drittel der Eigentümer bereit wären, drei Viertel ihres Besitzes, das sind 37,5 Millionen Kronen, rechtsgültig und rechtsverbindlich dem Staate auf eine bestimmte Reihe von Jahren in Pfand zu geben, so könnte der Staat mit diesen Pfand- oder Hypothekenscheinen im bargelosen Wege, d. h. durch Uebergabe der Pfandscheine an seine Gläubiger alle schwebenden Schulden und alle Schatzscheine der Kriegsanleihen, wie bis einschließlich 1927 fällig sind, abzahlen und behielte noch eine erkleckliche Summe für die in Nr. 263 angegebenen besonderen Zwecke der Uebergangs- und Friedenswirtschaft. Um aber die Bereitwilligkeit der Besitzer zu wecken, gibt es zwei Mittel, die ganz gewiß wirksam sein werden. Erstens sollte der Staat für den verpfändeten Betrag jährlich 1 v. H. (bei auszuführenden Neubauten, um die Bautätigkeit anzuregen, und bei Renten, um den Kurs zu heben, 2 v. H.) als Entschädigung zahlen, und zweitens würde jeder Besitzer für den verpfändeten Betrag von der Vermögenssteuer befreit sein (allerdings müßte aber die Steuerstufe vom ganzen Vermögen berechnet werden).

Fragen wir zunächst, ob diese Befreiung von der Vermögenssteuer gerecht ist. Es verzinsen sich gerade Gebäude und Grundstücke und unsere gemeinsamen und österreichischen Renten, die kein Spekulationspapier sind, sondern der dauernden Vermögensanlage kleinerer Leute dienen und vor gut einem Jahrzehnt noch bedeutend höher im Kurse standen, im Verhältnis zu sonstigem Besitze und anderen Wertpapieren sehr niedrig; auch dürften die Hausbesitzer trotz der Geldentwertung den Mietzins während des Krieges nicht steigern. Es kann daher nicht ungerecht sein, einen Teil dieser Vermögen von der voraussichtlichen Vermögenssteuer zu befreien. Ausgenommen müßten aber brachliegende oder nur scheinbar benützte Baugründe sein, um nicht die Preissteigerung in Grund und Boden noch zu fördern. Der Staat würde aber bei diesem Verzicht auf einen Teil der Vermögenssteuer keineswegs etwas verlieren, da die Erspahrung an Zinsen auf die Dauer mehr ausmacht als die größte Vermögenssteuer, die er von diesen 37,5 Milliarden einheben könnte.

Eine solche Abzahlung aller schwebenden Schulden, wodurch die Einziehung der überflüssigen Banknoten sich von selbst ergäbe, dann die Rückzahlung aller kurzfristigen Staatsanleihe und die Bereitstellung starker Beträge für drängende Bedürfnisse der Nachkriegszeit würde nicht nur dem Staate eine große Erleichterung schaffen, sondern auch von hervorragender Bedeutung für die Wiederherstellung unseres Geldwertes und den Abbau der Teuerung sein, ja, binnen kurzem den Friedenswert unseres Geldes sicherstellen. Eine etwaige Kriegsschädigung oder die Vermögenssteuer würden uns dann gestatten, diesen Weg weiter durch Abzahlung aller oder des größten Teiles unserer Kriegsschulden bis zur Erreichung des Endzieles zu beschreiten. Davon soll im Aufsätze im nächsten Sonntagblatte die Rede sein. Dann wäre uns auch die Wiederaufrichtung unseres auswärtigen Handels wesentlich erleichtert und damit könnten wir die Aufrechterhaltung unseres Geldwertes im Einvernehmen mit dem Deutschen Reiche für alle Zukunft sichern.

J. G. Werbers.